

Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 23. Mai.

Die „Basler Nachrichten“ vom 22. d. melden: Die schweizerischen Unterhändler haben heute morgen um 11 Uhr das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland unterzeichnet.

Minister Prinz Windisch-Grätz über gemeinsame Ernährungsfragen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 23. Mai.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Grätz das Wort und hielt eine längere Rede über die allgemeinen Ernährungsfragen. Er sagte unter anderm:

Der österreichische Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler hat vor einer Deputation der deutschen Agrarpartei des gemeinsamen Ernährungsgebietes Erwähnung getan. Ich möchte zunächst nur kurz erwähnen, daß weder von seiten der ungarischen Regierung noch von seiten irgendeines auswärtigen Organs der Monarchie eine wie immer geartete Verpflichtung übernommen wurde, die sich auf die Art der Verwendung der künftigen Ernte bezieht. Es sind wohl Verhandlungen zwischen den Regierungen der Centralmächte im Zuge, die den Zweck verfolgen, eine ungestörte Ernährung der verbündeten Staaten für das künftige Wirtschaftsjahr auf allen Gebieten zu sichern. Diese Verhandlungen haben vorige Woche in Berlin begonnen und werden in den nächsten Tagen bei uns fortgesetzt werden. Es hat sich die Notwendigkeit einer gründlichen Erörterung und Besprechung der allgemeinen Ernährungsfragen der Centralmächte ergeben, und zwar schon deshalb, weil der Frieden mit dem Osten voll kommen neue Verhältnisse geschaffen und neue Gebiete in die Sphäre der Centralmächte einbezogen hat. Der Umstand, daß in den verflochtenen Kriegsjahren die feindliche Blockade die Centralmächte von dem Welthandel ausgeschaltet hat, hat in allen Staaten und Ländern, die bereits im Frieden auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen waren, schwierige Verhältnisse erzeugt. Auf diese schwierigen Verhältnisse sind die Bestrebungen in Oesterreich zurückzuführen, die im verflochtenen Jahre gegenüber der jeweiligen ungarischen Regierung in der Richtung zur Geltung kamen, daß die Monarchie als gemeinsames Ernährungsgebiet erklärt werde. Wenn es in den verflochtenen Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen zur Zeit der Ententeblockade gelungen ist, den Lebensmittelbedarf Oesterreichs aus den Ueberschüssen unserer Heimat, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, zu decken, so glaube ich, daß wir mit voller Beruhigung heute der Zukunft entgegen sehen können, zumal, wenn wir überhaupt von einem gemeinsamen Ernährungsgebiete sprechen können, nicht nur von Oesterreich und von Ungarn, sondern bereits von Mittel- und Osteuropa die Rede ist.

Die Frage ist nach meiner Ansicht nicht die, ob wir den derzeit unter militärischer Besetzung stehenden Gebietskomplex gemeinsames Ernährungsgebiet nennen sollen, sondern die Frage ist die, welches die Folgen sind, die aus den geänderten geographischen Verhältnissen entstehen und auf die Ernährungsverhältnisse zurückwirken. Es ist ungewiss, daß die agrarische Produktion Ungarns über große Ueberschüsse verfügte, aus welchen sie einen sehr großen Export hatte. Wir müssen aber darüber im reinen sein, daß die Kriegswirtschaft diese Quantitäten sehr erheblich herabgemindert hat. Trotzdem läßt sich feststellen, daß bei einigermaßen günstigen Witterungsverhältnissen sich doch verhältnismäßig bedeutende Ueberschüsse in Ungarn ergeben werden.

Der Hauptzweck unserer Verhandlungen mit dem Verbündeten kann daher nur der sein, daß wir uns gegenüber den sich ergebenden überweisbaren Ueberschüssen möglichst große Vorteile bezüglich des Imports jener Waren sichern, deren wir selbst bedürfen. Die Entscheidung steht bei der ganzen ungarischen verantwortlichen Regierung, nicht allein das Ernährungsministerium, sondern auch das Handels- und Finanzministerium kommen dabei in Betracht.

Im verflochtenen Jahre haben wir über keinen einheitlichen Wirtschaftsplan verfügt. Es wurde keine Einigkeit bezüglich der Verfügung über die Ernte geschaffen. Wir haben in diesem Jahre die Erfahrung gemacht, daß man nur auf jene Mengen rechnen kann, die tatsächlich beschlagnahmt sind. Da dies neuer nicht der Fall war, mußten wir zu Requisitionen Zuflucht nehmen. Ich bin verpflichtet, zu erklären, daß wenn Oesterreich in den früheren Kriegsjahren in gleichem Maße seine Versorgung reguliert hätte, wie dies in Deutschland und teilweise auch bei uns geschehen ist, würden keine so großen Schwierigkeiten entstanden wären. Deutschland hat mit einer verhältnismäßig geringen Ernte sich durch strenge Maßregeln eine zwar beschränkte, aber systematische Versorgung gesichert. Oesterreich hat durch das Fehlen eines entsprechenden Systems stets Mangel gelitten und Ungarn konnte seine Ueberschüsse nicht nur nicht verwerten, sondern ein Teil seiner eigenen Bevölkerung mußte teilweise Entbehrungen leiden.

Der Minister bespricht im weiteren Verlaufe die Requisitionen und sagt unter anderm: Von mehreren Seiten wurde behauptet, daß die durchgeführten Requisitionen im Interesse der Oesterreicher oder sogar der Tschechen erfolgt wären. Er könne erklären, daß die von ihm durchgeführten Requisitionen im Interesse

der Befriedigung des Bedarfes des Landes und der Armee notwendig gewesen seien. Wenn es Ueberschüsse gegeben hätte, so hätten wir diese gern Oesterreich überlassen; leider war dies jedoch nicht der Fall. Er wünscht festzustellen, daß er seinerseits mit Oesterreich keinerlei Abmachungen weder über Getreidelieferungen noch über die Lieferung anderer Lebensmittel getroffen hat. Er habe den Standpunkt seines Amtsvorgängers sich zu eigen gemacht und aufrechterhalten.

Bezüglich der gegenwärtigen Lage könne er erklären, daß die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln bis zum Ende des Wirtschaftsjahres im großen und ganzen als gesichert erachtet werden kann. Die im März beendigten Requisitionen im ganzen Lande hatten ein Ergebnis von 6,200.000 Meterzentner gegenüber 6,300.000 Meterzentner im Vorjahre.

In Zukunft wünscht er als Leitmotiv in der Ernährungspolitik die Kompensation zu betrachten. Wenn Oesterreich auf unsere Ueberschüsse angewiesen ist, dann muß es uns die für unser wirtschaftliches Leben unentbehrlichen Erzeugnisse der österreichischen Industrie überlassen.

Schließlich erklärte der Minister, die heutige Ernte werde beim Drusch beschlagnahmt werden und der Bedarf der Unversorgten und der Armee wird staatlich eingelagert werden. Zur besseren Versorgung wird es gestattet sein, für den Hausbedarf kleinere Mengen von Kartoffeln auch ohne Zertifikat zu beschaffen. Der Minister verweist darauf, daß jüngst Deputationen aus Tirol und Galizien bei ihm erschienen seien, mit der Bitte, der dort herrschenden Not abzuhelpen. Er habe die zur Verfügung stehenden Ueberschüsse, von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen, stets im Wege des österreichischen Ernährungsamtes zur Verfügung gestellt. Wenn jedoch von geringen Quantitäten die Rede war, und unsere Vorräte es gestatteten, war ich bestrebt, in kurzem Wege der Bevölkerung der nothleidenden Gegenden zu helfen.